

Zünglein an der Waage bei der Abstimmung über den Südweststaat: Flüchtlinge und Vertriebene in Baden-Württemberg

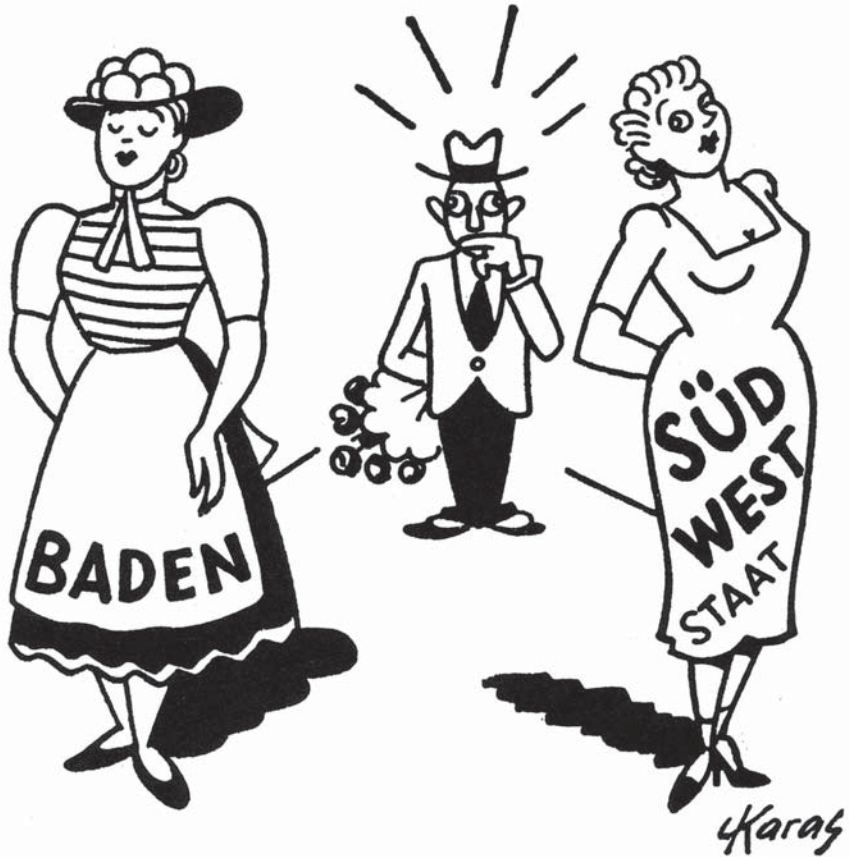
Es waren zwei Nachbarkinder,
Die hatten sich beide lieb,
Bald etwas mehr oder minder –
(Ach, wenn es nur immer so bliebl!)¹

Mit diesen Zeilen beginnt ein 1921 in der Münchner Zeitschrift *Jugend* anonym veröffentlichtes Gedicht. Es umfasst fünf Strophen und trägt den Titel *Der Schwäbische Brautwerber*. Als Volksballade, die einen Erzählstoff der griechischen Antike aufgreift, erfuhren die Verse weite Verbreitung, wofür zahlreiche bis in die Gegenwart nachgewiesene Varianten sprechen. Zur Popularität des Gedichtes hat sicher auch beigetragen, dass es in humorvoller Weise wie im treffenden und daher einprägsamen Bild der Eheschließung eine grundsätzliche Frage der südwestdeutschen Landesgeschichte auf den Punkt bringt: Die sich über Jahrzehnte hinziehenden Pläne zur Vereinigung von Württemberg und Baden. Diese lagen 1921, wie die letzte Strophe des Gedichtes erkennen lässt, auf Eis, weil mit dem fehlenden gegenseitigen Vertrauen eine Grundvoraussetzung für das Gelingen der Ehe fehlte.

Noch heute sind beide zu schauen
Als Bräutigam und als Braut:
Man kann sie leider nicht trauen,
Weil kein's dem anderen traut!

Trotz der im Laufe der folgenden Jahrzehnte vielfältigen und immer wieder angestoßenen Anbanelungsversuche blieb der Zusammenschuss der beiden Staaten im deutschen Südwesten in der Weimarer Republik über 1921 hinaus in der Schwebe. Er sollte es trotz aller politischen Umwälzungen der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts auch noch lange Zeit bleiben. Erst die tiefe Zäsur des Zweiten Weltkriegs und die als Folge der bedingungslosen Kapitulation des Deutschen Reiches neue territoriale Ordnung im Südwesten – zwei Besat-

1 Jugend. Münchner illustrierte Wochenschrift für Kunst und Leben Jg. 1921, Heft 24, S. 646, hier auch das folgende Zitat.



„Erst prüfe, wer sich ewig bindet.“ Wie die „Badischen Neuesten Nachrichten“ in Karlsruhe mit ihrer Karikatur vom 23. September 1950 begleitete die Presselandschaft mit großer Aufmerksamkeit und in Schrift und Bild die Gründung des Südweststaats. (Zeichnung: Karras)

zungszonen und drei Länder — gaben dem Werben Württembergs um Baden neuen und nach 1948 nochmals gesteigerten Auftrieb.

In den heftiger werdenden Auseinandersetzungen um einen Zusammenschluss Württembergs, Badens und der Hohenzollerischen Lande, gegen den sich Baden vehement wehrte, stand auch weiterhin das Ehemotiv hoch im Kurs. Es überrascht daher nicht, dass *Der schwäbische Brautwerber* erneut Konjunktur hatte. Doch die württembergisch-badische Liebesneckerei artete nun in einen regelrechten Streit aus. Eine zeitgenössische Karikatur zeigt zwei sich unversöhnlich gegenüberstehende Kampfahnen. In Redebeiträgen und zahl-

reichen Papieren von Politikern, in Schrift und Bild der Presse, in Liedern sowie Gedichten und auch bei einer Probeabstimmung, zu dem die Bevölkerung Württemberg-Badens, Badens und Württemberg-Hohenzollerns im September 1950 aufgerufen worden war, bestimmte der Kampf um den Südweststaat die Arena.

Mit dem Einschalten der beiden Besatzungsmächte, der USA und Frankreichs, dem Schaffen eines eigenen Artikels im Grundgesetz (Art. 118 GG), dem Eingreifen der Bundespolitik und des Bundesverfassungsgerichts reichte die Auseinandersetzung weit über die drei Länder hinaus. Sie wurde erst 1951 als Ergebnis einer bindenden Volksbefragung beigelegt und schließlich 1970 auch juristisch endgültig geklärt.

Die Hochzeit zwischen dem Jahrzehnte kraftvoll werbenden Bräutigam Württemberg und der sich lange zierenden Braut Baden wurde nach der Volksabstimmung am 9. Dezember 1951 vollzogen und bekanntgegeben. In einer überaus turbulenten Sitzung hielt Reinhold Maier (1889 – 1971), der erste, als „Remstalfuchs“ in die Geschichte eingegangene Ministerpräsident des neuen, noch namenlosen Bundeslandes, den denkwürdigen Augenblick fest: „Gemäß § 14, Absatz 2, Satz 2 wird hiermit der Zeitpunkt der Bildung der vorläufigen Regierung auf den gegenwärtigen Augenblick, nämlich auf Freitag, den 25. April 1952, 12 Uhr 30 Minuten festgelegt. Mit dieser Erklärung sind gemäß § 11 des zweiten Neugliederungsgesetzes die Länder Baden, Württemberg-Baden und Württemberg-Hohenzollern zu einem Bundesland vereinigt.“²

Die mit dem neuen Bundesland, das im Herbst 1953 auch seinen Namen Baden-Württemberg erhielt, letztendlich auf friedlichem Weg vollzogene Eheschließung darf aber nicht über nach wie vor vorhandene Reminiszenzen des langen Annäherungsprozesses hinwegtäuschen. Wenn man auf einem Autoaufkleber liest, dass es „Badische und Unsymbadische“ gebe oder wenn man je ein Fußballspiel zwischen dem Karlsruher SC bzw. dem SC Freiburg und dem VfB Stuttgart miterlebt, so sind das nur zwei aus einer Reihe von Beispielen, die an die zwei Nachbarkinder erinnern, die sich lieb haben, „bald etwas mehr oder minder“.

Der schwäbische Brautwerber steht aber nicht allein für den langwierigen und schwierigen Prozess, der zur Entstehung des neuen Bundeslandes Baden-Württemberg führte. Er liefert auch ein Indiz für die vorherrschende Sicht auf die Südweststaatgründung. Wie im Gedicht ist sie in der überwiegenden Zahl der Fälle nur auf die beiden Brautleute Württemberg und Baden fixiert. Das zeigen die Festveranstaltungen aus Anlass der runden Geburtstage des Landes wie die

2 www.mediaculture-online.de/Politische-oeffentliche-Reden.813+M57a2f359fe3.0.html (3.12.2012).

umfangreiche wissenschaftliche Literatur zum Thema. Ob die wenigen Monographien oder die zahlreichen Aufsätze, alle schlagen den gleichen Ton an: Württemberg und Baden haben sich vereinigt, Badener und Württemberger haben zueinander gefunden und den Grundstein für das „Muschterländle“ gelegt, heißt es zwar schwäbisch bescheiden, aber mit umso größerem Stolz und Selbstbewusstsein. Der Eindruck, die einzige und zudem äußerst erfolgreiche Länderneugliederung nach 1945 sei allein eine Angelegenheit der beiden Brautleute gewesen, hat sich trotz vereinzelter anderslautender Stimmen verfestigt, ja, er ist zum Gemeingut, zur offiziellen Geschichtsauffassung geworden.

Aber ist diese Einschätzung zutreffend? War die Landesneugründung nur eine Angelegenheit der Württemberger und Badener? Schon die Erfahrungen über das Zustandekommen von Ehen schlechthin sollten nachdenklich stimmen. Es wirken immer mehrere Faktoren zusammen und unterschiedliche Kräfte entfalten ihre Wirkung. Diese sind, auch das lehrt die Praxis, umso mehr erforderlich, wenn es sich, wie im Fall der Württemberger und Badener, ausdrücklich nicht um eine Liebesheirat, sondern eher um eine Zweckehe handelt. Sicher spielten die lange Vorgeschichte, die einschneidenden Erfahrungen des Zweiten Weltkriegs, die Nachkriegsverhältnisse, die Besatzungsmächte, die Landes- und die Bundespolitik, einzelne Persönlichkeiten und auch der Zufall eine Rolle. Aber ein Faktor ist bisher, wenn überhaupt, zu wenig gewürdigt worden: *die Bevölkerung*. Sie hat sich im Rahmen der gesetzlichen Vorgaben mit ihrer Abstimmung bei der Volksbefragung am 9. Dezember 1951 für das neue Bundesland ausgesprochen. Es handelte sich zwar um eine knappe und angesichts des Zuschnitts der Abstimmungsbezirke nicht unumstrittene Entscheidung. Dennoch war es ein bindendes Votum mit einem klaren Auftrag an Legislative, Judikative und Exekutive. Daher ist *die Bevölkerung* als *der* Schlüssel anzusehen, der die Tür zum Südweststaat öffnete.

Den Stellenwert der Bevölkerung hervorzuheben, heißt zugleich, nach der Zusammensetzung der Bevölkerung im Jahr 1951 zu fragen. Bestand sie nur aus Württembergern und Badenern – Franken, Kurpfälzer, Hohenloher, Vorderösterreicher und Hohenzollern nicht zu vergessen? Mit der Fokussierung der Auseinandersetzung auf Württemberger und Badener bleibt offensichtlich ein erheblicher Teil der Bevölkerung unberücksichtigt: Die hunderttausenden Zuwanderer im Südwesten, die damals in ihrer überwiegenden Mehrheit bereits eingebürgert waren und daher wählen durften, aber als Flüchtlinge und Vertriebene in den drei südwestdeutschen Länder zu diesem Zeitpunkt längst noch Außenseiter, nicht unbedingt wohlgelittene Fremde waren. Sie einfach zu ignorieren, was allein schon ihre Zahl verbietet, heißt, diese „Neigschmecken“, wie man im Schwäbischen Zuwanderer liebevoll-bissig nennt, aus der

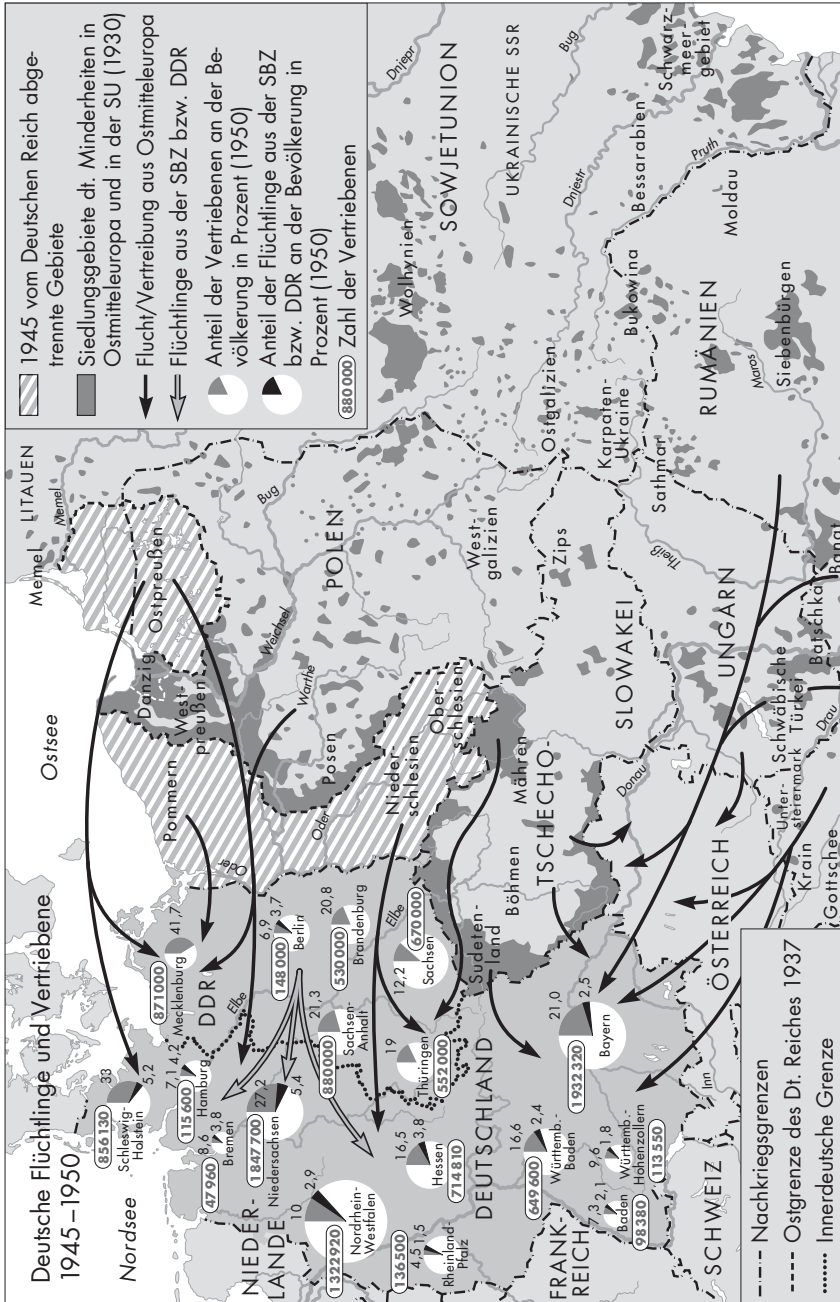
Bevölkerung und damit auch aus der Südweststaatgründung weitgehend auszuklammern. Dabei zeigt sich gerade bei dem in letzter Zeit wieder zu Ehren gekommenen Plebiszit der Stellenwert der gesamten Bevölkerung als ein wesentliches Element gelebter Demokratie. Hier zählt jede Stimme, ohne Unterschied von Herkunft, Glaube, Sprache oder sozialer Stellung – und diese Stimmen können etwas bewegen. Dementsprechend fielen nicht nur, aber insbesondere bei der Volksabstimmung von 1951 auch die Stimmen der Flüchtlinge und Vertriebenen ins Gewicht. Es waren also nicht lediglich zwei Nachbarskinder, die damals zur Wahl gingen und in ihrer Mehrheit für den Südweststaat stimmten, sondern viele, die der Zweite Weltkrieg und seine Folgen unfreiwillig auch in die Nachbarschaften der württembergischen und badischen Gemeinden und Städte geführt hatte. Warum und woher kamen Sie? Wie wurden sie aufgenommen? Wie stimmten sie ab?

Ein großes Experiment: Bevölkerungsentwicklung und Besatzungspolitik nach 1945

„Seit Jahrhunderten hat sich die Zusammensetzung des schwäbischen Volkes nicht geändert. Die Aufnahme von vielen Tausenden Ausgewiesenen stellt ein großes Experiment dar.“³ Diese Sätze stehen in einem am 30. April 1946 veröffentlichten Merkblatt. Mit ihm wandte sich Theodor Eschenburg (1904–1999) an die Bewohner der französisch besetzten Gebiete Württemberg und Hohenzollern. Er tat dies in seiner weitgehend in Vergessenheit geratenen Funktion als Landeskommis­sar für das Flüchtlingswesen. Dieses Amt, dessen Aufbau er wesentlich geprägt hat, steht am Anfang der Karriere Theodor Eschenburgs. Sie führte den gebürtigen Norddeutschen aus der Verwaltung des Landes Württemberg-Hohenzollern schließlich in die Wissenschaft. Von dem 1952 erhaltenen Lehrstuhl für Politikwissenschaft an der Eberhard Karls Universität in Tübingen entfaltete er bis zu seinem Tod eine breite wissenschaftliche und öffentliche Wirkung. Er zählt zu den Architekten des neuen Bundeslandes Baden-Württemberg.

Das Merkblatt erläutert in 14 Punkten detailliert und einfühlsam, weshalb die Ausgewiesenen aufzunehmen waren, verbunden mit klaren Vorgaben, wie ihnen zu begegnen sei. Es endet mit dem Appell: „So wirket alle mit in Handlung und Haltung, dass diese Last, die uns in unserer Not noch überdies aufgebürdet ist, eines Tages zum Segen des Landes werde.“ Selbst unsicher, ob

3 Merkblatt für die Bewohner des französisch besetzten Gebietes Württembergs und Hohenzollerns über die Aufnahme von Flüchtlinge, Staatsarchiv Sigmaringen, Wü 51/0191. Hier auch die folgenden Zitate.



Quelle: Mathias Beer: *Flucht und Vertreibung der Deutschen. Voraussetzungen, Verlauf, Folgen*, München 2011, S. 78.)

sein Wunsch in Erfüllung gehen würde, äußerte Eschenburg die Hoffnung und Erwartung „dass dieses uns auferlegte Experiment gelinge[n]“ möge.

Eschenburg und mit ihm viele seiner Zeitgenossen griffen nicht zu hoch, wenn sie so dramatisch formulierten. Während und am Ende des Zweiten Weltkrieges wurden wesentlich als Folge der nationalsozialistischen Eroberungs-, Besatzungs- und Vernichtungspolitik Millionen von Europäern zu Opfern willkürlicher von Staaten initiierten Zwangsmigrationen, darunter rund 12,5 Mio. deutsche Flüchtlinge und Vertriebene. Sie mussten aus ihren Heimatorten in den Ostgebieten des Deutschen Reiches und einer Reihe von Staaten Ostmittel- und Südosteuropas flüchten, sie wurden umgesiedelt, ausgewiesen oder vertrieben. Es handelte sich um ein in der europäischen Geschichte beispielloses Bevölkerungsexperiment. Das auch von den Alliierten als „friedensstiftendes Instrument“ angesehene Verschieben von Menschen brachte unbeschreibliches Leid und Elend und hatte millionenfache Entwurzelung, Heimatlosigkeit sowie unzählige Tote zur Folge. Über die Durchführbarkeit des Experiments waren sich die Alliierten zunächst nicht im Klaren. Aber dass es durchgeführt werden musste, darüber bestand dem Ziel des ethnisch reinen Nationalstaats folgend grundsätzlich Konsens – in Ost und West.

Der beschlossene Bevölkerungstransfer war nicht die erste, wohl aber die größte gewaltsame Bevölkerungsverschiebung in der Geschichte des 20. Jahrhunderts. Man wollte mit diesem bewusst und zielstrebig eingeleiteten Experiment, mit dieser Zwangsumsiedlung ein für alle Mal „reinen Tisch machen“, wie es der englische Premierminister Winston Churchill 1944 formulierte. Durch die euphemistisch „Umsiedlung“ genannte Ausweisung, bei der man sich auf den griechisch-türkischen Bevölkerungsaustausch von 1923, aber auch auf die nationalsozialistische Umsiedlungspolitik berief, sollte eine „ethnische Säuberung“ in den Aussiedlungsgebieten erreicht werden. Von ihr sowie der erzwungenen und endgültigen Aufnahme in den Ansiedlungsgebieten der Vertriebenen versprach man sich eine dauerhafte Lösung der Minderheiten- und Volksgruppenkonflikte in Ostmitteleuropa und damit ein friedliches Nachkriegseuropa.

Zwei Drittel der im Rahmen der „wilden Vertreibungen“ und nach dem Potsdamer Abkommen „geregelt“ Ausgewiesenen waren Vertriebene im eigenen Land. Sie stammten aus den Ostgebieten des Deutschen Reiches, die entweder abgetreten oder zunächst unter polnische Verwaltung gestellt wurden. Das andere Drittel waren Angehörige deutscher Minderheiten, die seit Jahrhunderten in Ostmitteleuropa siedelten, in der Tschechoslowakei, in Polen, in der Sowjetunion, in Ungarn, Jugoslawien und Rumänien. In die Sowjetische Besatzungszone kamen etwa 4,5 Mio. „Umsiedler“, so die dort vorgeschriebene Bezeichnung. Die anderen rund acht Mio. Vertriebenen kamen in die drei

westlichen Besatzungszonen. Zusammen bildeten die Geflohenen, Ausgewiesenen und Umgesiedelten „Deutschlands Problem Nr. 1“, ⁴ die Flüchtlingsfrage. Dass man von einer „Frage“ sprach, war kein Zufall, denn Antworten darauf, wie dieser Bevölkerungszuwachs zu bewältigen war, gab es zunächst nicht.

Ein Experiment ohne Vorbild und absehbares Ergebnis, wie Eschenburg treffend formulierte, war auch die Aufnahme einer solch großen Zahl von Menschen unter den Voraussetzungen eines besiegteten, zerstörten, besetzten und viergeteilten Landes, dessen Bevölkerung hungerte und fror – an ihrem Wohnort, evakuiert, deportiert oder in Kriegsgefangenschaft. Die Alliierten hatten keine Planungen entwickelt, wie mit den Flüchtlingen und Vertriebenen umgegangen werden sollte. Wie sich bald herausstellen sollte, waren sie von der falschen Annahme ausgegangen, dass das Konfliktpotential gering sein würde, wenn Menschen gleicher Volkszugehörigkeit zusammengeführt werden. Fest stand für die Besatzungsmächte nur, dass es kein Zurück gab und dass die Herausbildung von Vertriebenenminderheiten im Ansiedlungsgebiet zu verhindern war. In einem möglichst schnellen Verschmelzungsprozess von örtlicher Bevölkerung und den Vertriebenen sah man das geeignete Mittel dafür: „Unsere Politik ist die totale Assimilation der Ausgewiesenen an die deutsche Gemeinschaft“, ⁵ stellten die amerikanischen Besatzungsbehörden klar. In möglichst kurzer Zeit sollten die Vertriebenen von der eingesessenen Bevölkerung „aufgesogen“ werden, sich nicht mehr von ihr unterscheiden. Nicht nur die amerikanische Militärregierung setzte nach dem Grundsatz *Make the Germans Do it* mit klaren Vorgaben, Kontrollen und Strafen alles daran, die Bemühungen der zunächst zögerlich bis abweisend reagierenden deutschen Stellen auf die Assimilation der Vertriebenen zu richten. Diese Vorgaben wirkten sich unterschiedlich aus. Die Besatzungszone und innerhalb einer Zone die von Land zu Land und auch regional unterschiedlichen Charakteristika des Aufnahmegebietes spielten ebenso eine Rolle wie Zahl und Herkunft der Vertriebenen. Solche Faktoren beeinflussten den Verlauf der Integration im Südwesten nachhaltig und verliehen ihr bei allen Gemeinsamkeiten spezifische Merkmale, durch die sich der Eingliederungsprozess hier von den Entwicklungen in anderen Bundesländern und auch innerhalb der einzelnen Regionen des Landes unterscheidet.

Südwestdeutschland wurde bei Kriegende von amerikanischen und französischen Truppen besetzt. Die beiden Alliierten mit unterschiedlichem Besatzungsregime und unterschiedlichen deutschlandpolitischen Planungen rich-

4 Das Parlament. Die Woche im Bundestag 2 (1952), Nr. 11, 12.3.1953, S. 1.

5 RG 260 OMGUS CAD-PWDPD 3/168-1/20, o. D. [Mitte 1946], im Original in englischer Sprache.

teten zwei Besatzungszonen ein. Die von logistischen Überlegungen bestimmte Grenze verlief südlich der Autobahn A 8 von Karlsruhe nach Ulm. Nord-Württemberg und Nord-Baden gehörten zur amerikanischen Zone und wurden im September 1945 zum Land Württemberg-Baden zusammengefasst. Süd-Baden, Süd-Württemberg und Hohenzollern wurden der Französischen Zone zugeschlagen. Auf deren Gebiet errichtete die Militärregierung im Herbst 1946 zwei Länder: (Süd-)Baden und Württemberg-Hohenzollern. Die einzelnen Regionen waren vom Krieg und insbesondere von den alliierten Luftangriffen in unterschiedlichem Maß betroffen. Große Schäden wiesen die Verkehrswege und viele der in Trümmern liegenden Städte auf. Von dem verfügbaren Wohnraum requirierten die Besatzungsmächte einen Teil. Im Vergleich zu den Städten wiesen die ländlichen Gemeinden in der Regel kaum Zerstörungen auf. Hier war auch die Ernährungslage besser. Dennoch musste 1946 in der amerikanischen Zone der Kaloriensatz auf 1275 gesenkt werden. In Württemberg-Hohenzollern lag er sogar unter 1000 Kalorien.

Vor diesem Hintergrund und den zusammengebrochenen Verwaltungen fanden Migrationen riesigen Ausmaßes statt: „Auf den Landstraßen und in den Zügen spielten sich bei dieser Massenwanderung unbeschreibliche Szenen ab. Nie reichten die Transportmöglichkeiten aus, und die Straßen waren voll von hilflosen Menschen, die verzweifelt nach einer Bleibe suchten“, schrieb der Militärgouverneur der amerikanischen Besatzungszone, General Lucius D. Clay.⁶ Zu den Menschen die unterwegs waren, zählten neben den Kriegsgefangenen und Heimkehrern abertausende, jetzt als *Displaced Persons*⁷ eingestufte ehemalige Zwangsarbeiter des NS-Regimes. Noch 1949 registrierte man allein in Württemberg-Baden über 80 000 von ihnen. Eine weitere Gruppe bildeten die während des Krieges Evakuierten. 1948 lag ihr Anteil an der Bevölkerung des Landkreises Sinsheim noch bei 13,2 Prozent. Hinzu kam nun, in Fortführung der während des Krieges aufgenommenen „Heim-ins-Reich-Umsiedlern“ und der Flüchtlinge seit Kriegsende in kürzester Zeit eine riesige Zahl von Vertriebenen. Es war die zusätzliche Last, „die uns in unserer Not noch überdies aufgebürdet ist“, von der Theodor Eschenburg 1946 sprach.

Im Vergleich zu den Hauptaufnahmeländern im Westen – Schleswig-Holstein, Niedersachsen und Bayern – war die im Südwesten zu schulternde Flüchtlingslast deutlich geringer. Zudem waren die Flüchtlinge und Vertriebenen in den beiden Besatzungszonen ungleich verteilt. Württemberg-Baden hatte entsprechend den amerikanischen Vorgaben seit dem Herbst 1945 viele

6 Lucius D. Clay: *Decision in Germany*, Garden City/New York 1950, unter deutschem Titel: *Entscheidungen in Deutschland*, Frankfurt/M. 1950, S. 30.

7 Vgl. dazu den Beitrag von Roland Müller in diesem Band.

Vertriebene in Baden-Württemberg nach Herkunft (1950 und 1960)

	1950		1960	
	Zahl	%	Zahl	%
Ostgebiete des Deutschen Reiches	242 498	28,15	417 000	29,02
Ausland	619 028	71,85	977 000	70,08
davon	322 681	37,45	498 500	35,76
Tschechoslowakei	43 833	5,09	95 900	6,88
Polen, Danzig	97 486	11,31	138 900	9,96
Ungarn	51 917	6,03	118 000	8,47
Jugoslawien	40 773	4,73	68 000	4,89
Rumänien	57 737	6,70	54 700	3,91
übriges europäisches Ausland	4601	0,53	3000	0,21
außereuropäische Länder				

Quelle: Historischer Atlas von Baden-Württemberg, Karte XII,6, Erläuterungen, Stuttgart 1982, S. 11.

Flüchtlinge und Vertriebene aufzunehmen, über 800 000 in zwei Jahren. Nur einen Bruchteil davon betrug die Zahl der zu diesem Zeitpunkt in den beiden Ländern der französischen Zone aufgenommenen Flüchtlinge. Die französische Regierung verschloss sich ihren deutschlandpolitischen Zielen folgend zunächst erfolgreich der Aufnahme von Vertriebenen. Es waren gerade mal 30 000, die den Flüchtlingskommissar Theodor Eschenburg im Frühjahr 1946 zum Ärger der Besatzungsmacht veranlassten, weitreichende organisatorische Maßnahmen zur Aufnahme der Ausgewiesenen zu ergreifen. Er tat dies in der festen, sich mit den Absichten der Besatzungsmächte deckenden Überzeugung, dass es keine Rückkehr in die Herkunftsgebiete geben würde. Daraus zog er den Schluss, dass Pläne zu entwickeln waren, die auf eine geregelte Aufnahme, Verteilung und, langfristig betrachtet, endgültige Eingliederung der Zuwanderer zielten.

Auch die Herkunft der Vertriebenen im Südwesten ist auf die jeweils spezifische Flüchtlingspolitik der Besatzungsmächte zurückzuführen. In das vorwiegend evangelische Württemberg-Baden kamen in erster Linie Sudetendeutsche und Ungarndeutsche, also zu 85 Prozent Auslandsdeutsche, vorwiegend Katholiken. Dies war, wie häufig gemutmaßt wird, nicht irgendwelchen kulturellen Verwandtschaften der Vertriebenen zur Bevölkerung des deutschen Südwestens geschuldet, sondern allein der Notwendigkeit, die Zwangsumsiedlungen auf kürzestem Weg von Ost nach West durchzuführen. Deshalb sind die Vertriebenen aus der Tschechoslowakei und aus Südosteuropa vorwiegend in den süddeutschen Raum verbracht worden. Demgegenüber war in der französischen, überwiegend katholischen Zone der Anteil vorwiegend evange-

lischer Vertriebener aus Ostpreußen, Pommern, Brandenburg und Schlesien verhältnismäßig hoch. Sie kamen erst später über Dänemark, wohin sie in den letzten Kriegsmonaten evakuiert worden waren, sowie im Zuge der Binnenum-siedlungen zwischen 1948 und 1956 aus westdeutschen Ländern nach (Süd-) Baden und Württemberg-Hohenzollern.

Verteilung der Vertriebenen auf dem Gebiet Baden-Württembergs 1950



(Quelle: Umsiedlung, Flucht und Vertreibung der deutschen als internationales Problem. Zur Geschichte eines europäischen Irrwegs, hrsg. vom Haus der Heimat Baden-Württemberg, 2. Aufl., Stuttgart 2005, S. 76.)

Bei der Volkszählung von 1950 betrug die Zahl der Vertriebenen (861 526) und Flüchtlinge (144 140) auf dem Gebiet des späteren Baden-Württemberg über eine Million – der höchste Zuwanderungsgewinn, den die Territorien des Südwestens je erlebt haben. Das entspricht einem Anteil von durchschnittlich 15,6 Prozent an der Gesamtbevölkerung. Dabei hatten die Gebiete in Württemberg-Baden weitaus höhere Anteile zu verzeichnen als die beiden Länder der französischen Besatzungszone. Mit knapp einem Siebtel an den Einwohnern der drei Länder stellten die Flüchtlinge und Vertriebenen einen erheblichen Teil der Bevölkerung dar und zugleich ein Wählerpotential von beträchtlichem Gewicht bei der Südweststaatabstimmung 1951.

Die Zahl der Vertriebenen und Flüchtlinge erhöhte sich in den folgenden Jahren weiter, insbesondere als Folge des verstärkten Zuzugs vor allem von DDR-Flüchtlingen, der im Bundesvertriebenen- und Flüchtlingsgesetz (BVFG) von 1953 neu festgelegten Definitionen (Vertriebener, Heimatvertriebener, Flüchtling) und der Binnenumsiedlungen in der Bundesrepublik. Zugleich kam es zu einer gewissen Angleichung bei der Verteilung innerhalb der vier großen Landesteile. Für 1961 ermittelte die Statistik über 1,2 Mio. Vertriebene und rund 415 000 Flüchtlinge, insgesamt über 1,6 Mio. Menschen. Ihr Anteil an den Regierungsbezirken war unterschiedlich, in Nordwürttemberg lag er bei knapp 26 Prozent, in Nordbaden bei fast 21 Prozent, in Südbaden bei gut 15 Prozent und in Württemberg-Hohenzollern bei knapp 17 Prozent. Damit betrug der Anteil der Flüchtlinge und Vertriebenen an der Gesamtbevölkerung des Landes annähernd 21 Prozent. Sie stellten den Hauptanteil an dem riesigen Bevölkerungszuwachs von 65 Prozent, den der Südwesten trotz der kriegsbedingten Verluste seit 1945 verzeichnet hat.

Wie Theodor Eschenburg zutreffend festgestellt hatte, veränderte sich durch diese unerwartete, in ihrer Dimension bisher nicht gekannte Zwangsmigration die Zusammensetzung der Bevölkerung im deutschen Südwesten nach dem Zweiten Weltkrieg in kürzester Zeit grundlegend. Was wissenschaftlich nüchtern als Bevölkerungszuwachs und neue demographische Struktur mit spannenden Ausgleichsprozessen beschrieben wird, hatte in der Anfangszeit schwerwiegende Folgen für das Zusammenleben von Alt- und Neubürgern.

Ihr und Wir: Eine Konfliktgemeinschaft

Im Herbst 1945 wurden die ersten „geregelten“ Flüchtlingstransporte angekündigt. Kurz und knapp teilte das Hauptquartier der US-Militärregierung dem württembergisch-badischen Innenministerium am 16. Oktober mit: „Wir wurden davon unterrichtet, dass in naher Zukunft 500 000 deutsche Evakuierte und Flüchtlinge in Raten von 100 000 monatlich in Württemberg/Baden auf-



Ankunft von Heimatvertriebenen am Wertheimer Bahnhof im April 1946. (Landesarchiv Baden-Württemberg, Staatsarchiv Wertheim am Main/Heinz Finke)

genommen werden müssen.“⁸ Die Besatzungsmacht forderte, umgehend aufgegliedert nach Kreisen vier Listen vorzulegen, nämlich zur Aufnahmekapazität, zu den Wohlfahrtseinrichtungen und den verfügbaren Vorräten, zu den vorhandenen Notversorgungszentren, Notunterkünften und deren Aufnahmekapazität sowie Ausweichquartieren und zu den Kreisdurchgangslager, über die die Flüchtlinge auf die Gemeinden zu verteilen waren. Bereits zehn Tage später, am 24. Oktober, berichtete die *Stuttgarter Zeitung* in einem längeren Beitrag vom Eintreffen des ersten Transports aus Schlesien. Er brachte 1400 Ostflüchtlinge, so der damals noch übliche Begriff, die in Württemberg unterzubringen waren.

Zu Beginn des Jahres 1946 stieg die Zahl der aufzunehmenden Vertriebenen sprunghaft an, auch weil der Umsiedlungsplan des Alliierten Kontrollrats jetzt voll zu greifen begann. In der *Stuttgarter Zeitung* war am 19. Januar 1945 zu lesen: „Die unter alliierter Kontrolle stehende Massenumsiedlung der gegenwärtig in Ungarn lebenden 480 000 Deutschen hat begonnen.“⁹ Auch wenn letztendlich von den als Schwaben bezeichneten Angehörigen der deutschen Minderheit nur etwa die Hälfte ausgewiesen wurde, rollten in kürzester Zeit Züge mit Vertriebenen insbesondere auf die schwäbischen und badischen Kreise, Städte und Gemeinden Württemberg-Badens zu. So gingen von Februar 1946 an allein in den Landkreis Mosbach 19 Transporte mit über 20 000 Ausgewiesenen. Sie wurden ganz gezielt in die ländlichen Regionen geleitet. Hier konnten die erforderlichen Unterkünfte sichergestellt werden, auch war hier die Versorgungslage besser. Zwischen 1871 und 1939, also in knapp siebenzig Jahren, war die Bevölkerung dieses badischen Landkreises nur um 2000 Einwohner gestiegen. Dagegen wurden 1950 21 500 mehr Einwohner als 1939 registriert. In nicht einmal vier Jahren hatte sich die Bevölkerung des Kreises verdoppelt.

Auf Anordnung der Militärregierung mussten Zielbahnhöfe und Kreisdurchgangslager festgelegt werden. Die eingesetzten deutschen Verwaltungen reagierten zunächst nur mit unzureichenden Notmaßnahmen. Obwohl die Züge mit Vertriebenen bereits anrollten, richtete man in Württemberg-Baden erst am 10. November 1945 ein nur unzulänglich ausgestattetes Staatskommissariat für das Flüchtlingswesen ein. Für das Gebiet Nordbadens wurde ein eigener Flüchtlingskommissar eingesetzt. Damit gab es im Südwesten zwei Besatzungszonen, drei Länder und vier Flüchtlingsverwaltungen, was für die Lösung der schier unlösbaren Fragen, vor denen man stand, sicher nicht förderlich war. Im Dezember 1946 bezeichnete der Staatskommissar für das Flüchtlingswesen

8 RG 260 OMGBW 12/22-1/28, Original in englischer Sprache.

9 *Stuttgarter Zeitung*, Jg. 2, Nr. 6, 19.1.1946, S. 8.

in Württemberg-Baden in einer Pressekonferenz als Flüchtlingsproblem als die vordringlichste Aufgabe, die es zu lösen gelte: Die „Unterbringung der Flüchtlinge ist immer noch Staatsproblem Nr. 1.“¹⁰ Zugleich konnte er keine Entwarnung mit Blick auf einen Abschluss der Ausweisungen geben. Im Gegenteil: „Im Frühjahr [1947] kommen noch 100 000 Ausgewiesene“, ließ der Flüchtlingskommissar die Presse wissen.

Das Heimatvertriebenenproblem, erinnerte sich der erste Ministerpräsident von Baden-Württemberg später, habe sich in den beiden ersten Nachkriegsjahren und auch noch in der Zeit danach darin erschöpft, wie für die Ausgewiesenen möglichst schnell zumindest ein notdürftiges Dach über dem Kopf sichergestellt werden könne. Handeln sei auf längere Sicht nicht möglich gewesen. Dagegen warb Theodor Eschenburg in seiner Funktion als Flüchtlingskommissar in Württemberg-Hohenzollern schon Ende 1945 für ein planmäßiges Vorgehen: Wichtig sei eine organisatorische und seelische Vorbereitung des Volkes, um aus den Ostflüchtlingen kein ambulantes Volk, sondern Staatsbürger zu machen. „Eine möglichst tiefgreifende Assimilierung erleichtert die materielle Endlage für die ganze Zone.“¹¹ Nur so könne eine Katastrophe vermieden werden.

Die große Zahl der Vertriebenen und die rasche Folge, in der die Transporte eintrafen, führten bereits bei der Verteilung zu schwerwiegenden Verwerfungen. Wenn sie nicht, wie z. B. Stuttgart, als Wohnungsbrennpunkte von der Aufnahme befreit waren, versuchten die Kreise, sich gegen den steigenden Zuzug von „Ostflüchtlingen“ zu wehren. Ebenso verhielten sich die Gemeinden, auf die die Vertriebenen ohne Rücksicht auf wirtschaftliche, soziale oder konfessionelle Gegebenheiten nach dem Passieren der ständig überfüllten Grenz- und dann Kreisdurchgangslager verteilt wurden. Alte Lager erhielten neue Insassen, neue mussten eingerichtet werden. Der Schriftsteller Peter Härtling, selbst Vertriebener, schrieb: „Am Anfang stand die Schleuse der Lager, Ortschaften, deren Namen man nie gehört hatte, die nun in Schrecken versetzten: Wasseralfingen oder Pasing, Durchgänge für von Krätze Befallene, der Aussatz der Transporte, die Entlausung war mittlerweile zum Ritual geworden, auch die Typhusspritze in die Brust.“¹²

10 Stuttgarter Zeitung Jg. 2, Nr. 111, 11.12.1946, S. 6. Hier auch das folgende Zitat.

11 Landesarchiv Baden-Württemberg, Staatsarchiv Sigmaringen, Wü 40 T 2 Nr. 34: Protokoll der 2. Landrätetagung der französischen Zone Württembergs am 1.12.1945 in Wangen im Allgäu, S. 17.

12 Peter Härtling: Die Flüchtlinge, in: Der Monat 19, 1967, H. 220, S. 18–22, hier S. 40 f.



Das Flüchtlingswohnlager auf der Schlotwiese in Stuttgart Zuffenhausen, Blick in eine der Baracken, 1948 (Archiv des Instituts für donauschwäbische Geschichte und Landeskunde, Tübingen)

Der unbefriedigende Stand bei der Bewältigung des Flüchtlingsproblems veranlasste die amerikanische Militärregierung, ihren Druck auf die deutschen Stellen zu erhöhen. Sie machte, wie sich Reinhold Meier noch Jahre später erinnerte, „gewaltig Dampf“. Dies schlug sich in den erst am 26. September 1946 erlassenen *Vorläufigen Richtlinien für die Betreuung der Flüchtlinge* nieder. Die Vertriebenen wurden im Sinne der angestrebten Assimilation per Gesetz in allen Belangen der alteingesessenen Bevölkerung gleichgestellt, mit der Ausnahme, keine eigenen politischen Parteien bilden zu dürfen. Ausdrücklich ist in den Richtlinien von einer neuen Heimat die Rede, die die Flüchtlinge und Vertriebenen im Südwesten finden sollten. Noch deutlicher wird das Ziel der Einschmelzung in dem am 14. Februar 1947 erlassenen *Gesetz Nr. 303 über die Aufnahme und Eingliederung der Flüchtlinge (Flüchtlingsgesetz)*: Die Eingliederung der Flüchtlinge und Vertriebenen solle ihr organisches Aufgehen in der einheimischen Bevölkerung gewährleisten. Das Gesetz stand für den Versuch der amerikanischen Militärregierung, per Gesetzeskraft aus Ostflüchtlingsen Vollbürger zu machen. In Anlehnung an das von Theodor Eschenburg geprägte Diktum von der Deutschland „verordneten Demokratie“ kann daher bei der Aufnahme der Vertriebenen von einer „verordneten Assimilation“ gesprochen werden. Gerade für die Zeit von der



Fastnachtsumzug im badischen Lahr Ende der 1940er Jahre. Die Abneigung gegenüber den Neubürgern wird hier deutlich zum Ausdruck gebracht. (Museum im Ritterhaus, Archiv Offenburg)

bedingungslosen Kapitulation bis zur Gründung der Bundesrepublik ist die Wirkung dieser Vorgabe und die konsequente Überwachung der dafür eingeleiteten Maßnahmen nicht hoch genug einzuschätzen.

Galten die Flüchtlinge und Vertriebenen auf Druck der Besatzungsmächte seit 1946 *de iure* als Vollbürger, so war man dennoch von einer Gleichberechtigung gegenüber den Alteingesessenen zu diesem Zeitpunkt meilenweit entfernt. Trotz wiederholter Appelle und Strafandrohungen wurden die Ausgewiesenen nicht als deutsche Landsleute angesehen. In der *Rhein-Neckar-Zeitung* vom 13. April 1949 brachte ein Kommentar die breite und tiefe der Vorurteile auf den Punkt: „Die Flüchtlinge sind grundsätzlich schmutzig. Sie sind grundsätzlich primitiv, ja sind sogar grundsätzlich unehrlich. Dass sie faul sind, versteht sich am Rande und dass sie lieber einen braven Einheimischen betrügen, als ihm eine Arbeit abzunehmen. Ganz abgesehen davon, dass sie das streitsüchtigste Volk sind, das in unseren Gassen und Gässchen einherläuft. Und einen Dank dafür, das, was man ihnen tut, kennen sie nicht. Das ist es, was man in neunzig von hundert Unterhaltungen über Flüchtlinge zu hören bekommt.“¹³

¹³ Rhein-Neckar-Zeitung. Ausgabe Nord-Baden 5, 1949, Nr. 62, 13. 4. 1949, S. 5.

Die Flüchtlinge und Vertriebenen blieben trotz der gesetzlich festgeschriebenen Gleichstellung in den Augen der eingesessenen Bevölkerung die „sogenannten Neubürger“. Weil die amerikanische Militärregierung darauf Wert legte, möglichst wenige Lagerunterkünfte einzurichten, wurde der überwiegende Teil der Vertriebenen in Württemberg-Baden in Privatwohnungen eingewiesen. Manchmal war dabei auch Polizeigewalt erforderlich. Nicht nur, weil, wie sich der Bürgermeister einer badischen Gemeinde erinnerte, er und der Wohnungsausschuss vom Eigentümer eines Hauses, in das Flüchtlinge einquartiert werden sollten, mit einem Beil empfangen wurden. Immer wieder wurden Fälle mutwilliger Zerstörung gemeldet, mit denen Vermieter versuchten, Vertriebenen zugewiesene Wohnungen unbewohnbar zu machen.

Mit der verordneten Einquartierung der Neubürger in Privatwohnungen war, auch angesichts gemeinsamer Küchennutzung, ein erhöhtes Konfliktpotential zwischen Alt- und Neubürgern gegeben. Zeitgenössisch war schmunzelnd von einem „Kochlöffelkrieg“ die Rede, womit bei aller vorhandenen Hilfsbereitschaft für die neuen Mieter grundlegende Differenzen bei der Begegnung von Alt- und Neubürgern angesprochen wurden. Schmähverse machten die Runde, in denen, wie in dem folgenden aus dem Landkreis Aalen, in unmissverständlicher Form eindeutige Konsequenzen gefordert wurden:

Herrgott im Himmel, sieh unsere Not,
wir Bauern haben kein Fett und kein Brot.
Flüchtlinge fressen sich dick und fett
und stehlen uns unser letztes Bett.
Wir verhungern und leiden große Pein,
Herrgott, schick das Gesindel heim.
Schick sie zurück in die Tschechoslowakei,
Herrgott, mach uns von dem Gesindel frei.
Sie haben keinen Glauben und keinen Namen,
die dreimal Verfluchten, in Ewigkeit Amen.¹⁴

Solche Konflikte hatte der Flüchtlingskommissar Theodor Eschenburg vor Augen, als er „Eingliederungsmerkblätter“ erarbeiten ließ. In jenem für die eingesessene Bevölkerung heißt es: „Die Ausgewiesenen kommen aus einem fremden Lande, ihre Lebensgewohnheiten und ihre Auffassungen sind anders als die unseren, ihre Kleidung ist eine andere und die Art ihres Kochens, manche ihrer Arbeitsmethoden weichen von den unseren ab. Ihr Dialekt ist anders als der unsere. Manche werden es in den ersten Tagen schwer haben, sich mit ihnen zu verständigen. Was Euch fremd erscheint, ist deswegen nicht schlecht

14 Mathias Beer: Flucht und Vertreibung der Deutschen. Voraussetzungen, Verlauf, Folgen, München 2011, S. 109.

und verurteilenswert, erst nach Wochen und Monaten werdet Ihr vielleicht über Eure neuen Mitbewohner und Nachbarn ein Urteil abgeben können.“¹⁵

Mit einem weiteren Merkblatt versuchte der Flüchtlingskommissar, als Norddeutscher im Südwesten selbst „Neigschmecker“, den Ausgewiesenen die Eigenheiten der Altbürger nahe zu bringen: „Die Menschen hier im Lande haben im Wandel der Jahrhunderte ihre Eigenart bewahrt. Sie sind ehrlich, verschlossen und sparsam und nach diesen Eigenschaften messen sie den Wert der neu Ankommenden. Sie sind unermüdlich in ihrer Arbeit, vor allem die Frauen in ihrem Haushalt, und erwarten das gleiche von den anderen. Sie sind peinlich sauber und sehr sparsam im eigenen Verbrauch, sie denken, dass es bei den anderen ebenso sein müsse. Sie sind im Grunde bescheiden, aber sehr empfindlich gegen Kritik und das Besserwissen der Fremden. Sie sind derb in ihren Worten, aber dahinter verbirgt sich viel Liebe und Hilfsbereitschaft.“¹⁶

Die unzureichenden Wohnverhältnisse, die angespannte Ernährungslage, die gescheiterte Bodenreform, die Konkurrenzkämpfe auf dem hart umkämpften Arbeitsmarkt und die vorübergehend nachteiligen Folgen der Währungsreform für die Vertriebenen führten nach Ansicht des Flüchtlingsbeauftragten für Württemberg-Baden hier und da zu einem akuten Krieg zwischen Alt- und Neubürgern. „In Kalifornien finden die Vertriebenen mehr Sympathie als in Württemberg-Baden“, meinte der letzte amerikanische Landeskommissar im Juni 1950.¹⁷ Die latent stets vorhandene Gefahr einer auf Jahre hinaus in Altbürger und Flüchtlinge gespaltenen Gesellschaft schien sich zu bewahrheiten, als das Koalitionsverbot 1949, nach der Wahl zum ersten Bundestag, aufgehoben wurde. Die „Wahlvereinigung Notgemeinschaft“ erreichte in Württemberg-Baden bei der ersten Bundestagswahl 15 Prozent der Stimmen, die aber wegen fehlender Lizenzierung unberücksichtigt blieben. Auch weil die eingesessenen Parteien sich zunächst unzureichend um die Belange der Flüchtlinge gekümmert hatten, errang die Deutsche Gemeinschaft/Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten (DG/BHE) bei der Landtagswahl am 19. November 1950 16 von 100 Mandaten. Dieser Erfolg war ein deutliches Anzeichen dafür, dass die von den Besatzungsmächten verordnete Gleichstellung sozial, wirtschaftlich und politisch noch nicht einmal ansatzweise vollzogen war. Das zeigt auch die

15 Merkblatt für die Bewohner des französisch besetzten Gebietes Württembergs und Hohenzollerns (wie Anm. 3).

16 Staatsarchiv Sigmaringen Wü 51:0191, Merkblatt für Ausgewiesene, die im französisch besetzten Gebietes Württembergs und Hohenzollerns aufgenommen werden sollen.

17 Zitiert nach Thomas Grosser: Die Integration der Heimatvertriebenen in Württemberg-Baden (1945–1961), Stuttgart 2006, S. 378.



Kundgebung vor den Ruinen des Neuen Schlosses in Stuttgart am 6. August 1950, auf der die Charta der deutschen Heimatvertriebenen öffentlich verkündet wurde. (ullstein bild/dpa)

am 5. August 1950 in Stuttgart vor den Ruinen des Alten Schlosses verkündete, in der Forschung kontrovers diskutierte *Charta der deutschen Heimatvertriebenen*.¹⁸

Darin verzichteten deren politischen Organisationen gegenüber den Herkunftsstaaten auf Rache und Vergeltung für die erlittene Vertreibung. Viel länger ist die Liste der sozialpolitischen Forderungen, die sie an die neue Heimat richteten: Sie forderten für die Vertriebenen gleiche Rechte als Staatsbürger, eine gerechte Verteilung der Lasten des Krieges und einen sinnvollen Einbau aller Berufsgruppen der Heimatvertriebenen in die deutsche Wirtschaft.

Wie verhielt sich vor diesem sozialpolitisch explosiven Hintergrund das neu zugezogene, deklassierte Siebtel der südwestdeutschen Bevölkerung bei der Diskussion über die Südweststaatsfrage? Wie wählten die „Neigschmeckten“?

18 Vgl. Mathias Beer: Die Charta der deutschen Heimatvertriebenen. Erinnerung und Ereignis, in: Reinhold Weber/Peter Steinbach/Hans-Georg Wehling (Hrsg.): Baden-württembergische Erinnerungsorte. Stuttgart 2012, S. 510 – 523.

Das Zünglein an der Waage

Blickt man vor der Folie der geschilderten Krisensituation auf die Abstimmung zum Südweststaat, so werden bei aller erforderlichen Differenzierung zwei große Fronten sichtbar. Die eine Front verlief zwischen den Altbadenern und den Württembergern. Die einen kämpften zäh, verbissen und bis zum Letzten für eine Wiederherstellung Badens. Die anderen setzten sich entschieden für den Südweststaat ein. Eine zweite Front verlief unabhängig von der regionalen Zugehörigkeit und Position zur Südweststaatsfrage zwischen der alteingesessenen Bevölkerung und den auf Anordnung der Besatzungsmächte zu Neubürgern mutierten Flüchtlingen und Vertriebenen. Das Länderneugliederungsexperiment fiel somit mit einem bevölkerungspolitischen Experiment zusammen. Und darin lag das Gewicht, das den Stimmen der Neubürger zukam.

Klar war, dass es eng werden würde. Die informelle Volksbefragung im September 1950 ließ keinen Zweifel daran. In den Abstimmungsbezirken Nord-Württemberg und Württemberg-Hohenzollern gab es eine überwältigende Mehrheit für den neuen Südweststaat. In Südbaden sprachen sich knapp sechzig Prozent der Wähler für die Wiederherstellung Badens aus, in Nordbaden eine knappe Mehrheit für den Südweststaat. Das bedeutete bei Durchzählung der Stimmen in Baden insgesamt eine knappe Mehrheit für den Fortbestand Badens. Damit war nur noch der Weg über den unter maßgeblicher Mitwirkung von Theodor Eschenburg zustande gekommenen Art. 118 des Grundgesetzes gangbar, in dem eine Länderneugliederung im Südwesten per Bundesgesetz als möglich verankert worden war. Mit den zwei Neugliederungsgesetzen schufen Bundestag und Bundesrat die erforderlichen Voraussetzungen. Der Wahltermin für die Volksabstimmung wurde auf den 9. Dezember 1951 gelegt.

Spätestens mit der Probeabstimmung hatte sich eine Konstellation abgezeichnet, bei der es entscheidend auf die Abstimmung im Bezirk Nordbaden ankam. Von Seiten der „Arbeitsgemeinschaft der Badener“ hieß es dazu am 27. Oktober 1951: „In Wahrheit fällt die Entscheidung in Nordbaden, und dort liegt sie allein bei den Flüchtlingsstimmen, die schon bei der Volksabstimmung vom 24. September 1950 durch ihre Stimmenzahl, die direkt dem Südweststaat zugutekam, eine badische Mehrheit in Nordbaden verhindert haben“, hieß es im Kreis der „Arbeitsgemeinschaft der Badener“.¹⁹

Daher zielten sowohl die Anhänger für die Wiederherstellung der alten Länder als auch die Südweststaatsbefürworter mit ihren Argumenten und Maßnahmen auch auf die Flüchtlinge und Vertriebenen. Die Altbadener versuchten

19 Zitiert nach Carola Bury: Der Volksentscheid in Baden, Frankfurt/M. 1985, S. 164.

deren Potential auf dem Verwaltungsweg zu schmälern. Voraussetzung, um wählen zu können, sollte eine Wohndauer am gegenwärtigen Wohnort von einem Jahr sein. Hätte sich dieser Standpunkt durchgesetzt, wären vor allem die zahlreichen Flüchtlinge und Vertriebenen von der Wahl ausgeschlossen worden, die erst kürzlich im Zuge der bundesdeutschen Binnenumsiedlungsprogramme ins Land gekommen waren. Mit einem solchen Verwaltungstrick drangen die Altbadener ebenso wenig durch wie mit ihrer inhaltlichen Argumentation, die Südweststaatgründung bedeute den Verlust der Heimat. Das war, angesichts der Befürchtung, mit der Südweststaatgründung vom württembergischen Nachbar geschluckt zu werden, sicher ein Argument, mit dem in Baden gepunktet wurde. Die Flüchtlinge und Vertriebenen konnten aber eine solche Argumentation nicht nachvollziehen. Sie hatten ihre Heimat verlassen müssen, sie hatten Haus und Hof verloren und lebten auch fünf Jahre nach Kriegsende in oft unzumutbaren Verhältnissen.

Genau an diesem Punkt setzte die Werbung der „Vereinigung Südwest“ unter den Flüchtlingen und Vertriebenen an. Der Südweststaat stelle die Voraussetzung für wirtschaftliche Prosperität, für Arbeitsplätze und Wohnungen dar. Dadurch würde auch die Lage der Flüchtlinge und Vertriebenen verbessert. Aus solchen Überlegungen heraus konnten die Interessenvertretungen der Flüchtlinge und Vertriebenen, allen voran die in Nordbaden sehr starke „Interessengemeinschaft der ausgewiesenen Deutschen“ (IDAD) und der „Zentralverband der vertriebenen Deutschen“ (ZvD), in dem die „Interessengemeinschaft“ aufging, dafür gewonnen werden, die Flüchtlinge und Vertriebenen für die Südweststaatlösung zu mobilisieren. In einer Empfehlung legte der Landesverband Baden und Württemberg der vertriebenen Deutschen den Heimatvertriebenen nahe, ihrer Abstimmungspflicht nachzukommen. Er empfahl ihnen, aus wirtschaftlichen und heimatpolitischen Gründen für den Südweststaat zu stimmen. Der Vorsitzende der IDAD stellte unmissverständlich klar: „Es ist unsere Pflicht, uns mit beiden Füßen in die neue Heimat zu stellen.“²⁰

Zu einer solch klaren Wahlempfehlung hatten auch handfeste Zusagen der Südweststaatbefürworter an die Vertreter der Flüchtlinge und Vertriebenen geführt. Mit zusätzlichen Finanzmitteln für Eingliederungsmaßnahmen im Bereich der Wirtschaft und des Wohnungsbaus sowie einem eigenen Landesministerium für Vertriebene gingen sie weit über das hinaus, womit die Altbadener in letzter Minute noch versucht hatten, das Wählerpotential der Neubürger für sich zu gewinnen. Hinzu kam die zu diesem Zeitpunkt nicht zu

20 Landesarchiv Baden-Württemberg, Generallandesarchiv Karlsruhe Bestand 466, Zugang 1981/47, Nr. 1664.



Nachdem die Altbadener zunächst die Heimatvertriebenen von der Abstimmung zum Südweststaat ausschließen wollten, warben sie im November 1951, kurz vor der Abstimmung, in Ihrem Kampfblatt „Badnerland“ um die Stimmen der Neubürger. (Landesarchiv Baden-Württemberg, Staatsarchiv Sigmaringen)

unterschätzende Überlegung der Vertriebenenverbände, ein wirtschaftlich starker Südweststaat würde eher in der Lage sein, die damals und in den folgenden Jahren als bundesdeutsche Staatsdoktrin geltende Rückkehrforderung der Vertriebenen in ihre Herkunftsgebiete zu unterstützen, als der Fortbestand der drei Länder.

Letztendlich wird wohl auch das Unverständnis der Flüchtlinge und Vertriebenen für die Auseinandersetzung zwischen Badenern und Württembergern sowie die Härte, mit der sie geführt wurde, zum Abstimmungsverhalten der Neubürger geführt haben. Debatten im württembergisch-badischen Landtag vergleichbar, in der Vertriebenenvertreter angesichts des Heimatverlustes der Vertriebenen ihr Unverständnis gegenüber dem badischen Argument des eigenen Heimatverlustes äußerten, hieß es in einem Leserbrief der *Stuttgarter Zeitung* im Januar 1951, der das Gewicht der Geschichte und der regionalen Traditionen der zwei Nachbarskinder unterschätzte: „Wir, die wir unsere Heimat mit Hab’ und Gut, mit vielen unserer Lieben auch das Wort ‚Tradition‘ drüben zurücklassen mussten, stehen dem schon humoristisch anmutenden Gezänk und Tauziehen um schon zu Olims Zeiten willkürlich gezogene Landesgrenzen sicher genügend unvoreingenommen und objektiv gegenüber [...]. Altbadener! Trotz allem Geschrei seid Ihr mit den Württembergern eines Stammes. Dankt dem Herrgott, dem evangelischen und dem katholischen, es ist ja doch der gleiche, der Euch vor unserem Los bewahrt und Euch Boden, Heimat, Freunde und größtenteils Euren ganzen Besitz belassen hat! – Haftet nicht unverbohrt und engstirnig an heute Überholtem.“²¹

War die Probeabstimmung noch unentschieden ausgegangen, so fiel die Entscheidung bei der Volksbefragung im Dezember 1951 eindeutig aus. Mit jeweils über neunzig Prozent stimmten Nord-Württemberg und Württemberg-Hohenzollern für den Südweststaat. In Nordbaden waren es über 57 Prozent und in Südbaden lediglich knapp 38 Prozent. Auch beim Durchzählen der badischen Stimmen fehlten damit den Gegnern des Südweststaats über zwei Prozent zur Ablehnung. Auf dem Weg zum neuen Bundesland Baden-Württemberg war auch dank des Abstimmungsverhaltens der Flüchtlinge und Vertriebenen die entscheidende Hürde überwunden. Insgesamt lag die Zustimmung für den Südweststaat bei knapp siebzig Prozent.

Mit ihren Stimmen haben die Flüchtlinge und Vertriebenen dem Südweststaatprojekt zum Erfolg verholfen. Sie sind daher nicht nur Baden-Württemberger der ersten Stunde, sondern sie haben mit ihrem Votum entscheidend dazu beigetragen, dass sich die Waage letztendlich zugunsten des neuen Bundeslandes neigte. Die Argumente, mit denen um ihre Stimmen geworben wor-

21 *Stuttgarter Zeitung* 7. Jg. 21.1.1951, S. 5.

den war, sollten sich als zutreffend erweisen, allerdings in einem viel längeren Prozess, als gemeinhin angenommen wird.

Eingliederung der Vertriebenen als Mehrgenerationenprozess

Mit der Gründung der Bundesrepublik trat das „Flüchtlingsproblem“, wie es 1949 immer noch bezeichnet wurde, in eine neue Phase. Anstelle des Reagierens auf eine Notsituation trat nun ein planmäßiges Handeln, das im Gegensatz zur Besatzungszeit nicht auf Assimilation, sondern auf Eingliederung der Vertriebenen zielte. Sie sollten, wie im 1953 verabschiedeten Bundesvertriebenen-gesetz (BVFG, „Gesetz über die Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge“) festgeschrieben, gleichwertige Bürger werden und dennoch ihr mitgebrachtes kulturelles Erbe pflegen dürfen. Trotz des völkerrechtlichen Festhaltens an den Grenzen von 1937, womit man den Vertriebenen eine Rückkehroption suggerierte, wurde ein Bündel sozialpolitischer Maßnahmen geschnürt, das die Lage der Vertriebenen im Vergleich zur unmittelbaren Nachkriegszeit schnell, spürbar und nachhaltig verbesserte. Dazu gehörten eine gleichmäßigere Verteilung der Vertriebenen auf die Bundesländer durch freiwillige Umsiedlungsprogramme, der Lastenausgleich, eine gezielte Wirtschaftsförderung und der Wohnungsbau. Diese Maßnahmen wirkten wie ein riesiges Konjunkturprogramm. Sie trugen zum westdeutschen Wirtschaftswunder bei, das auf die Arbeitskraft der Vertriebenen zurückgreifen konnte. Zudem schuf der Kalte Krieg, der den Weg zurück abschnitt und zugleich mit der Konkurrenz der Blöcke die Verwurzelung der Vertriebenen förderte, günstige Rahmenbedingungen. Die gemeinsame Teilhabe von Alt- und Neubürger am Wirtschaftsaufschwung und wachsenden Wohlstand schliff die Gegensätze zwischen altingesessener Bevölkerung und Vertriebenen allmählich ab, wenn auch ungleichmäßig und nicht in allen Bereichen.

Flankiert wurden diese Maßnahmen in Baden-Württemberg durch zusätzliche Schritte und Förderprogramme des Landes. Wie im Bund wurde ein eigenes Ministerium für Vertriebene und Kriegsgeschädigte eingerichtet, dessen symbolische Bedeutung nicht unterschätzt werden darf. An seiner Spitze stand immer ein Vertreter des BHE. Für die sich dynamisch entwickelnde Industrie im deutschen Südwesten bildete die Arbeitskraft der Vertriebenen ein Hauptreservoir. Drei Viertel von ihnen, ob Selbständige, Bauern oder Handwerker, fanden sich als Arbeiter in Betrieben wieder – eine erhebliche berufliche Umschichtung. Weniger ins Gewicht fielen – bezogen auf die Industrieproduktion – die von Vertriebenen gegründeten Betriebe. Gewisse Bedeutung kam lediglich Spezialbetrieben in den Bereichen Glaswaren-, Musikinstrumenten- und Textilunternehmen zu.



Am 3. Dezember 1949 wurde der erste Wohnblock in Stuttgart-Rot eingeweiht. Endlich konnten die ersten Bewohner aus dem nahe gelegenen Lager auf der Schlotwiese ausziehen. (Archiv des Instituts für donauschwäbische Geschichte und Landeskunde, Tübingen)

Bis 1966 gelang es, die im Land bestehenden Vertriebenenlager zu räumen. Dazu trug neben finanziellen Vergünstigungen und Anreizen in hohem Maße auch die Selbsthilfe beim Wohnungsbau bei. Flüchtlings- und Siedlungsbau-genossenschaften, wie die „Neue Heimat“ in Hettingen oder „Neues Heim“ in Stuttgart erstellten ganze Straßenzüge. Die Böhmerwald-, Schlesien-, Danzig-,



Stuttgart-Rot im Jahr 1959, wo auf der grünen Wiese zwischen 1949 und 1961 eine „neue Stadt entstanden ist, die 17 000 Menschen, davon etwa die Hälfte Flüchtlinge und Vertriebenen, neuen Wohnraum bot. (LMZ Baden-Württemberg)

Königsberger- und Donauschwabenstraße deuten heute noch darauf hin. Ganze Siedlungen entstanden neu und mit ihnen rund 3000 neue Kirchen und Gemeindehäuser, die auch Ausdruck der grundlegenden Veränderungen sind, die auf die Aufnahme der Vertriebenen zurückgehen.

Der Wirkungsgrad der wirtschafts- und sozialpolitischen Programme zugunsten der Neubürger wurde im Südwesten durch weitere Maßnahmen gesteigert, die im Zusammenhang mit der Gründung des Landes stehen. Jede Landesregierung war darauf bedacht, die Integration des zunächst heterogenen Verbundes von Regionen im neuen Bundesland voranzutreiben. Die damit verbundene Strukturpolitik stärkte aber nicht nur die Bindungskräfte des neuen Landes, sondern wirkte sich indirekt auch integrationsfördernd auf die Neubürger aus. Insofern begünstigte der Entstehungsprozess des neuen Bundeslandes die wirtschaftliche, soziale und politische Eingliederung der Vertriebenen.

Die unerwartet raschen Fortschritte bei der Eingliederung in den 1950er-Jahren führten dazu, dass die Flüchtlingsfrage bald als gelöst angesehen wurde. Die nach der Währungsreform hohen Arbeitslosenzahlen gerade unter den

Vertriebenen wurden innerhalb der folgenden fünf Jahre so weit abgebaut, dass Vollbeschäftigung herrschte. Die Arbeitskraftnachfrage der deutschen Wirtschaft konnte nur durch die Hereinnahme ausländischer Arbeitskräfte gesichert werden. Im Dezember 1955 schloss die Bundesrepublik ihr erstes Anwerbeabkommen mit Italien ab. Ihm sollten bis 1973 acht weitere folgen.²²

Analog zum Wirtschaftswunder sprach man im Zusammenhang mit dem sich abzeichnenden positiven Ausgang des Experiments der Aufnahme der Flüchtlinge und Vertriebenen von einem Integrationswunder. Ausdruck dieser Einschätzung war, dass der BHE 1964 bei den Landtagswahlen an der Fünfprozenthürde scheiterte. Seine Klientel fand vor allem bei der CDU eine neue politische Heimat. 1960 war das Landesministerium für Vertriebene und Kriegsgeschädigte aufgelöst worden, 1969 auch das entsprechende Bundesministerium. Nach und nach verschwanden alle sichtbaren Spuren der Neubürger. Sie fielen bis auf Angehörige der älteren Generation nicht mehr durch ihre Kleidung auf. In vielen Vereinen wurde nicht mehr zwischen Altbürgern und Vertriebenen unterschieden. Die vorwiegend von Vertriebenen bewohnten neuen Siedlungen entwickelten sich zu Gemeinden, in denen Alt- und Neubürger wohnten. Deren Kinder und Kindeskindern waren nicht mehr die „Dahergelaufenen“. Die schroffe Gegenüberstellung von „Ihr“ und „Wir“ der unmittelbaren Nachkriegszeit verschwand größtenteils. In den Festumzügen der Gemeinden und Städte erinnerten Trachtengruppen an die ehemaligen Neubürger, die bei der Pflege ihres kulturellen Erbes vom Land und von den Kommunen unterstützt wurden. Und auch die lautstarken Wortmeldungen der Interessenvertretungen der Vertriebenen, wie jene gegen die Neue Ostpolitik der sozialliberalen Koalition, zielten nicht die neue, sondern die alte Heimat.

Doch die verglichen mit der Ausgangssituation nicht für möglich gehaltenen Erfolge können nicht darüber hinwegtäuschen, dass auch nach Jahrzehnten die Eingliederung der Vertriebenen in Baden-Württemberg noch nicht vollzogen war. In den 1950er-Jahren wurde in Baden-Württemberg der niedrigste Konnuptialindex im Bundesgebiet ermittelt. Das heißt, zu diesem Zeitpunkt heirateten im Südwesten Vertriebene und Einheimische häufiger in der eigenen Gruppe als miteinander. Bei der Landwirtschaftszählung 1960 lag der Anteil der von Vertriebenen bewirtschafteten Höfe bei lediglich 2,6 Prozent. Die Vertriebenen wiesen auch eine um ein Drittel geringere Eigentumsquote als die alteingesessenen Bauern auf. Die Vermögenssubstanz (Haushalt und Ersparnisse) der Altbürger war 1964 fast doppelt so hoch. In der Industrie war 1971 bei den älteren Jahrgängen der Anteil der un- und angelernten Kräfte

22 Vgl. dazu die Beiträge von Karl-Heinz Meier-Braun, Karin Hunn und Karolina Novinščak in diesem Band.

unter den Vertriebenen immer noch doppelt so hoch wie bei den Altbürgern. Im selben Jahr verfügten 32,6 Prozent aller Einheimischen über ein Haus, dagegen lediglich 24,9 der Vertriebenen. Bestätigt wurden diese Daten durch die Analyse des Mikrozensus von 1971. Sie wies in unterschiedlichen Bereichen eine nach wie vor bestehende Chancenungleichheit von Alt und Neubürgern nach und entlarvte damit die angenommene schnelle Integration der Vertriebenen als Mythos. Das gilt es umso mehr zu unterstreichen, als es sich bei den Flüchtlingen und Vertriebenen um Zuwanderer des gleichen Kulturkreises handelte und zudem von Seiten von Bund und Länder erhebliche Mittel für Integrationsmaßnahmen aufgebracht wurden.

All diese Indizien sprechen dafür, dass auch bei der Integration der Vertriebenen von einem Dreigenerationenmodell ausgegangen werden muss. Weil bei späteren statistischen Erhebungen nicht mehr nach Alt- und Neubürgern differenziert wurde, fehlen für die folgenden Jahre belastbare Daten. Doch die Lebensgeschichten von Vertriebenen und Altbürger zeigen, dass manchmal bis in die Gegenwart Unterschiede zwischen den beiden Gruppen bestehen.

Zuwanderung als Prozess und Motor der Veränderung

Die Vereinigung von Württemberg und Baden, die bereits nach dem Ersten Weltkrieg diskutiert, aber nicht realisiert worden war, kam so nach dem Zweiten Weltkrieg doch noch zustande. Sicher hat die Krise der Nachkriegszeit mit ihren Besonderheiten entscheidend dazu beigetragen. Letztendlich hat die Bevölkerung des Südwestens die lange Anbanelungszeit beendet und Baden und Württemberg ein Paar werden lassen. Rund ein Siebtel der Bevölkerung des Südwestens bestand zum Zeitpunkt der Volksabstimmung aus geflüchteten und vertriebenen Neubürgern. Sie gaben mit ihrer Stimmabgabe den Ausschlag für Baden-Württemberg und schufen damit die Grundlage für das nach und nach aufgebaute Vertrauen, das für eine glückliche Ehe erforderlich ist. „Neigschmeckte“ haben das Hochzeitmahl nicht, wie befürchtet, versalzen. Sie haben ihm auch nicht bloß die besondere Note verliehen, die ein gutes Gericht auszeichnet. Die Flüchtlinge und Vertriebenen waren vielmehr (ungewollt) der Sauerteig, der erst die im Südwesten vorhandenen Zutaten zu einem Festgericht, dem neuen, erfolgreichen Bundesland haben werden lassen.

Die erzwungene Aufnahme der Flüchtlinge und Vertriebenen hat sich wider Erwarten und entgegen aller Unkenrufe zum Segen des Landes entwickelt, so wie es sich Theodor Eschenburg 1946 gewünscht hatte. Das Heimisch-Werden der „Neigschmeckten“ begann erst richtig mit der Südweststaatgründung. Es handelte sich um einen schwierigen und langwierigen Prozess der Annäherung und Verschmelzung von Alt- und Neubürgern, der letztendlich zu einer Assi-

milation der Neubürger führte. Wenn ein solcher Prozess erfolgreich sein soll, müssen ein ihn begünstigender historischer Kontext vorliegen und die richtigen politischen Rahmenbedingungen geschaffen werden. Dazu gehört sicher auch als zentrale Voraussetzung die rechtliche Gleichstellung der Zuwanderer, um aus Ihnen Neubürger und schließlich Vollbürger zu machen. Mit allen Rechten und Pflichten ausgestattet, konnten Flüchtlinge und Vertriebene die Aufnahmegesellschaft entscheidend beeinflussen. Die Abstimmung zum Südweststaat, bei der die Flüchtlinge und Vertriebenen das sprichwörtliche Zünglein an der Waage bildeten, ist ein aussagekräftiges Beispiel dafür.

Doch allein der historische Kontext und die politischen Rahmenbedingungen reichen für ein letztendlich die Gesellschaft befruchtendes Zusammenreffen von Alt- und Neubürgern nicht aus. Entscheidend ist sicher, wie im Fall der Abstimmung zum Südweststaat, die Bevölkerung und ihre Offenheit gegenüber den Neubürgern.²³ Was Theodor Eschenburg mit Blick auf die erwarteten Flüchtlinge und Vertriebenen 1946 hervorhob, gilt so für alle Zuwanderer, auch heute: „Wenn wir wollen, dass dieses [...] Experiment gelinge, dass nicht eine Elendsschicht entstehe, die für uns alle eine Last und eine Sorge darstellt, dann kann zwar der Staat hierfür die organisatorischen Voraussetzungen schaffen, aber das Gelingen könnt nur Ihr zusammen mit den Neuankommenden zustande bringen.“²⁴

Bereits von den Zeitgenossen wurde die Aufnahme der Flüchtlinge und Vertriebenen als ein epochaler Einschnitt gesehen. Seit dem Dreißigjährigen Krieg, also seit der Mitte des 17. Jahrhunderts, so die einhellige Meinung, hätten sich die Bevölkerungsverhältnisse und damit die politischen, wirtschaftlichen, sozialen und konfessionellen Verhältnisse und Verwaltungsstrukturen im Südwesten nicht mehr so grundlegend verändert, wie durch die Aufnahme von hunderttausenden Flüchtlingen und Vertriebenen. Schon dass sie den Ausschlag bei der Abstimmung zum Südweststaat gaben, ist ein unübersehbarer Hinweis auf den tiefgreifenden Wandel, den die zunächst unerwünschte Aufnahme einer so großen Zahl fremder Deutscher in Gang setzte. Vielfältige Integrationserfahrungen von Alt- und Neubürgern stehen am Anfang Baden-Württembergs. Sie wurden der südwestdeutschen Gesellschaft mit in die Wiege gelegt und prägten sie auch mit Blick auf die nachfolgenden Zuwanderergruppen.

23 Vgl. dazu den Beitrag von Michael Stolleis in diesem Band.

24 Merkblatt für die Bewohner des französisch besetzten Gebietes Württembergs und Hohenzollerns (wie Anm. 3).

Literaturhinweise

- Bausinger, Hermann: Die bessere Hälfte. Von Badenern und Württembergern, Stuttgart 2002.
- Beer, Mathias (Hrsg.): Zur Integration der Flüchtlinge und Vertriebenen im deutschen Südwesten nach 1945. Bestandsaufnahme und Perspektiven der Forschung, Sigmaringen 1994.
- Beer, Mathias: Flucht und Vertreibung der Deutschen. Voraussetzungen, Verlauf, Folgen, München 2011.
- Flucht, Vertreibung, Integration. Baden-Württemberg als neue Heimat. Begleitband zur Ausstellung, hrsg. vom Innenministerium Baden-Württemberg, Sigmaringen 1993.
- Grosser, Thomas: Die Integration der Heimatvertriebenen in Württemberg-Baden (1945 – 1961), Stuttgart 2006.
- Ihr und Wir. Integration der Heimatvertriebenen in Baden-Württemberg. Große Landesausstellung im Haus der Geschichte Baden-Württemberg. 13. November bis 22. August 2010. Ein Kooperationsprojekt mit dem Institut für donauschwäbische Geschichte und Landeskunde, Stuttgart 2009.
- Kühne, Andreas: Entstehung, Aufbau und Funktion der Flüchtlingsverwaltung in Württemberg-Hohenzollern 1945 – 1952. Flüchtlingspolitik im Spannungsfeld deutscher und französischer Interessen, Sigmaringen 1999.
- Meier-Braun, Karl-Heinz/Weber, Reinhold: Kleine Geschichte der Ein- und Auswanderung in Baden-Württemberg, Leinfelden-Echterdingen 2009.
- Schraut, Sylvia: Flüchtlingsaufnahme in Württemberg-Baden 1945 – 1949. Amerikanische Besatzungsziele und demokratischer Wiederaufbau im Konflikt, München 1995.
- Weber, Reinhold/Wehling, Hans-Georg (Hrsg.): Baden-Württemberg. Gesellschaft, Geschichte, Politik, Stuttgart 2007.
- Weber, Reinhold: Menschen in Bewegung: Vom Auswanderungsland zum De-facto-Einwanderungsland, in: Peter Steinbach/Reinhold Weber: Wege in die Moderne. Eine Vorgeschichte der Gegenwart im deutschen Südwesten, Stuttgart 2014, S. 257 – 291.
- Thierfelder, Jörg/Uffelman, Uwe (Bearb. und Red.): Der Weg zum Südweststaat, Karlsruhe 1991.
- Wehling, Hans-Georg (Red.): Baden-Württemberg. Eine politische Landeskunde, 2. Aufl., Stuttgart 1981 (Teil 2: Stuttgart 1991).
- Ziwes, Franz-Josef: Karikaturen und Plakate zur Entstehung des Südweststaates. Begleitveröffentlichung zur Ausstellung des Staatsarchivs Sigmaringen „Politische Plakate und Karikaturen aus der französischen Besatzungszeit und den Anfängen des Südweststaates“, Sigmaringen 2002.